



66



Mag. Beschluss-(Resolutions)-Antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Manfred JURACZKA und DI Elisabeth OLISCHAR, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 21.11.2017 zu Post 1 (Spezialdebatte Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung),

betreffend Maßnahmenpaket zur Verlagerung des Pendlerverkehrs auf die öffentlichen Verkehrsmittel

Trotz der immer wieder bekundeten Versprechungen den Pendlerverkehr in Wien sinnvoll auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzuleiten, ist der Anteil von und nach Wien zum Arbeitsplatz mit dem Auto auspendelnder Arbeitnehmer sehr hoch. Den Beteuerungen zum Trotz fehlt es immer noch an den ausreichenden zusätzlichen Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in und um Wien. Immer noch wird hauptsächlich bei den „Pendlermaßnahmen“ auf die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung als Zwangsmaßnahme gesetzt. Der gewünschte Lenkungseffekt bleibt aber bei den Pendlern weitgehend aus.

Stattdessen geht der Ausbau der S-Bahn zu langsam voran und die Ausweitung der U-Bahnlinien an die Stadtgrenze wird nur halbherzig betrieben. Genauso steht es um den Ausbau der P&R-Anlagen. Auch lässt der Fahrgastkomfort bei einem größeren Teil des Angebots des öffentlichen Verkehrs aus den verschiedensten Gründen zu wünschen übrig.

Die Stadtregierung konzentriert sich auf den sicherlich ebenfalls wichtigen Bereich des Ausbaus der Fahrradwege, wobei die für Pendler eventuell interessanten Fahrradlangstrecken, die bis zur Stadtgrenze und darüber hinausführen, eher langsam umgesetzt werden. Hingegen werden oftmals auf Hauptverkehrsrouten Fahrstreifen zugunsten des Fahrradverkehrs gekappt, was zwar bei den Pendlern wegen der längeren Stauzeiten Verärgerung hervorruft, aber keineswegs die Umsteigebereitschaft der Autofahrer aus dem Umland auf öffentliche Verkehrsmittel erhöht.

Einzig aus der Pendlermisere des Wiener Verkehrs führen könnte ein mit dem Umland stärker abgestimmtes Ausbaukonzept, das den Pendlern einen wirklichen Anreiz umzusteigen bietet. Hierzu müssten einerseits die bestehenden Verkehrsträger des öffentlichen Verkehrsnetzes einerseits in das Umland verlängert, aber auch innerhalb Wiens die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs gesteigert werden. Darüber hinaus müsste es am Stadtrand genügend P&R-Plätze für Autofahrer geben, die auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen wollen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss(Resolutions-)antrag:

Die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, in enger Kooperation mit der zuständigen Stadträtin für die Wiener Linien Maßnahmen zu setzen, die stadtplanerische Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Hinkunft das öffentliche Verkehrsangebot in Wien besser auf die Bedürfnisse der Pendler abgestimmt wird.

Dazu zählen:

- Schließung des S-Bahnringes für Wien
- Ausbau der U-Bahnlinien an den Stadtrand (Kooperationen mit dem SUM)
- Errichtung zusätzlicher P&R-Anlagen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 21.11.2017